



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Newsletter Nr. 9 vom 4.5.2017

Inhalt

SCHWERPUNKT: FREIWILLIGENDIENSTE - POSITIONEN UND DEBATTEN

EDITORIAL

- AG Freiwilligendienste des BBE: Selbstverständnispapier
- Verbandliche Zentralstellen der Freiwilligendienste: Forderungen
- Rahmenbedingungen für internationale Freiwillige in Deutschland
- Brombach: Non-formale Bildung in den Freiwilligendiensten
- Betz: Sicherung und Einhaltung der Arbeitsmarktneutralität
- Freiwilligendienste und Katholische Kirche und Trägerschaft
- Evangelische Trägergruppe: Politische Bildung in Freiwilligendiensten
- Steigmiller/ Hinz-Rommel: Ende des Programms FSJplus
- Heintze: Bildung für Nachhaltige Entwicklung
- Saliger: Qualität in Freiwilligendiensten

LÄNDER

- Gerdnun/ Nübling: FSJ_digital in Rheinland-Pfalz
- Freiwilligensurvey Bayern 2014
- Kinder- und Jugendarbeit zu rassismuskritischen Orten entwickeln

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

- Kutscha: Menschenwürdegarantie als soziales Grundrecht
- Fischer/ Rück: Qualitätssicherung bei Wikimedia
- Bundesrat: Bedenken gegen Erleichterung von Bürgerunternehmen

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Ernennung der Engagement-BotschafterInnen 2017

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

- Jugend gestaltet die digitale Gesellschaft: Veranstaltung
- »Die vernetzte Kommune«: Veranstaltung
- #digidemos: Kongress zu Digitalisierung und Demokratie
- Alle im Boot?!: Seminar zu Bürgerbeteiligungsprozessen
- 30. NPO-Blogparade
- »startsocial« startet 14. Wettbewerbsrunde
- NACHTSCHICHT zum Selbermachen: Leitfaden
- »Solidarität im Wandel?«: Forschungsbericht
- »Das Amt«: Aus Politik und Zeitgeschichte
- Neustart mit 60: Publikation
- Stellenausschreibungen
- Hinweis

SCHWERPUNKT: FREIWILLIGENDIENSTE - POSITIONEN UND DEBATTEN

EDITORIAL

Was zeichnet Freiwilligendienste als Orte für bürgerschaftliches Engagement und Bildungszeit aus? Worin besteht ihre Besonderheit als zivilgesellschaftliche Lerndienste? Welche Rahmenbedingungen und strukturellen Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit sich die Freiwilligendienste weiterentwickeln können? Diese Fragen stehen im Vordergrund der Sitzungen der BBE-Arbeitsgruppe »Freiwilligendienste«, die das SprecherInnenteam Dr. Christa Perabo und Rainer Hub moderiert. Der Newsletter-Schwerpunkt »Freiwilligendienste - Positionen und Debatten« gibt einen Überblick über die Arbeit und Schwerpunkte der Arbeitsgruppe sowie der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen im Themenfeld. Das Papier zum Selbstverständnis dient der Arbeitsgruppe als Grundlage und ist an erster Stelle veröffentlicht: Es wurde in Rahmen der vergangenen Sitzungen gemeinsam mit den AG-Mitarbeitenden erarbeitet und versucht, Antworten auf die oben genannten Fragen zu geben. In einem zweiten Part sind aktuelle Positionen und Forderungen der Zentralstellen und internationalen Freiwilligendienste aufgeführt. Die weiteren Beiträge behandeln spezifische thematische Schwerpunkte, mit denen sich die Arbeitsgruppe in ihren Sitzungen kontinuierlich befasst (z. B. das Thema der politischen Bildung oder die Arbeitsmarktneutralität in Freiwilligendiensten) bzw. womit auch einzelne AkteurInnen der Freiwilligendienste derzeit befasst sind.

[nach oben](#)

AG Freiwilligendienste des BBE: Selbstverständnispapier

Die Arbeitsgruppe »Freiwilligendienste« des BBE hat am 1. März 2017 ein Selbstverständnispapier beschlossen. Es dient der AG als Grundlage und wurde im Rahmen der vergangenen Sitzungen gemeinsam mit den AG-Mitarbeitenden erarbeitet. Darin werden Freiwilligendienste als Bildungsmaßnahme und als besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements in den Mittelpunkt gestellt. In diesem Zusammenhang werden Anforderungen an die AkteurInnen ebenso benannt wie die sich zeigenden Herausforderungen.

[Selbstverständnispapier der AG](#) (PDF, 38 kB)

[nach oben](#)

Verbandliche Zentralstellen der Freiwilligendienste: Forderungen

Die verbandlichen FSJ- und BFD-Zentralstellen, die über 80.000 Freiwilligendienstleistende in Kooperationen mit den Trägern koordinieren, haben Anfang Dezember 2016 ein gemeinsames Positionspapier für die Bundestagswahl 2017 publiziert: »Freiwilligendienste voranbringen - Bewährtes stärken, Neues wagen«. In dem Papier machen sie Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Freiwilligendienste und stellen vier zentrale Forderungen auf: Sie fordern eine Flexibilisierung der Freiwilligendienste durch Teilzeit, um mehr Teilhabechancen zu ermöglichen; Sonderförderungen sollen in Regeldienste überführt werden; der Belegungszwang im Bundesfreiwilligendienst (BFD) an den Bildungszentren des Bundes zur Teilnahme am Seminar für Politische Bildung soll im Sinne der Subsidiarität abgeschafft werden; durch eine ernsthafte und nachhaltige Wertschätzung von freiwilligem Engagement soll die Anerkennungskultur gestärkt werden.

[Positionspapier](#) (PDF, 2,3 MB)

[nach oben](#)

Rahmenbedingungen für internationale Freiwillige in Deutschland

Der Gesprächskreis internationale Freiwilligendienste (GIF) hat am 15. März 2017 Forderungen zur Bundestagswahl 2017 publiziert. Er fordert die Stärkung internationaler Freiwilligendienste und sieht weltweite Freiwilligendienste als Gegengewicht zu nationalistischen Tendenzen. Zentral wird die Stärkung der Trägerverantwortung hervorgehoben: »Um die Qualität und die Vielfalt der Freiwilligendienste zu sichern, fordern wir die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und der Trägerverantwortung.« Kritisiert wird die Stagnation der verfügbaren Mittel. Gefordert werden ein Mittelaufwuchs, eine Stärkung der Incoming-Freiwilligendienste und in diesem Rahmen Visa-Erleichterungen für Freiwillige aus Drittstaaten. Nur zum Thema Incoming-Freiwilligendienste gibt es anlässlich der Bundestagswahl ein weiteres Positionspapier von Februar 2017 mit Forderungen. Formuliert wurde es von Organisationen aus den Reihen der BFD Zentralstellen, den Bundesarbeitskreisen BAK FSJ und BAK FÖJ sowie dem GIF.

[Forderungen zur Bundestagswahl 2017 des GIF](#) (PDF, 1,0 MB)

[Forderungen zur Bundestagswahl 2017 zu Incoming-Freiwilligendiensten](#) (PDF, 537 KB)

[nach oben](#)

Brombach: Non-formale Bildung in den Freiwilligendiensten

Non-formale Bildung in den Freiwilligendiensten ist das Thema des Beitrages von Hartmut Brombach, Fachbereichsleiter Freiwilligendienste in der Zentralen Geschäftsführung des Internationalen Bundes (IB). Gegenstand sind die Ergebnisse eines Begleitforschungsprojektes des Internationalen Bundes in Kooperation mit dem Forschungsschwerpunkt »Non-formale Bildung« an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der TH Köln, das von April 2015 bis März 2017 durchgeführt wurde, um die Bildungsarbeit beim IB weiter zu entwickeln: »Die inhaltlichen und methodischen Ergebnisse dieses Projekts sind die Grundlage für die weitere Bildungsarbeit der IB-Freiwilligendienste.«

[Beitrag von Hartmut Brombach](#) (PDF, 273 kB)

[nach oben](#)

Betz: Sicherung und Einhaltung der Arbeitsmarktneutralität

Wie bei Inlands-Freiwilligendiensten die Arbeitsmarktneutralität gesichert und eingehalten werden kann, ist das Thema des Beitrages von Matthias Betz, Stellv. Teamleiter Hauptaufgabenfelder, Ehrenamt, Leistungsfragen und Projekte im DRK-Generalsekretariat. Das zeigt er konkret am Beispiel der »DRK-Mindeststandards zur Arbeitsmarktneutralität«, die seit Oktober 2016 angewandt werden. Diese dienen als Arbeitshilfe, mit denen Freiwilligendienste klar von Praktika, dem Niedriglohnsektor sowie von den Instrumenten der Arbeitsmarktförderung abgegrenzt werden können: »Die Arbeitshilfe bietet den Akteuren praktikable Lösungen, sprich eindeutige und klar messbare Indikatoren, anhand derer eine Einschätzung vorgenommen werden kann, ob Arbeitsmarktneutralität eingehalten wird oder nicht.«

[Beitrag von Matthias Betz](#) (PDF, 182 kB)

[DRK-Mindeststandards](#) (PDF, 3,5 MB)

[nach oben](#)

Freiwilligendienste und Katholische Kirche und Trägerschaft

Am 26. November 2015 beschloss die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung ein Selbstverständnispapier zum Thema Freiwilligendienste: »Profil von Freiwilligendiensten christlicher Prägung«. Darin werden Freiwilligendienste als »eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements und des sozialen Lernens« definiert. Zugleich wird festgestellt, dass die Freiwilligendienste in katholischer Trägerschaft »einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des (jugend-) pastoralen und diakonischen Auftrags der Kirche« leisten. Am 28. September 2016 veröffentlichte

die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste politische Forderungen zur Bundestagswahl: »Freiwilligendienste sind ein Lernfeld für eine zukunftsfähige Gesellschaft: Politische Forderungen der katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste«. Darin werden acht Hauptforderungen mit verschiedenen Unterpunkten aufgestellt, von der Stärkung des zivilgesellschaftlichen Trägerprinzips bis zur Integration von Geflüchteten in Freiwilligendienste. Weitere Themen sind etwa die Übertragung der vollständigen Souveränität über die Bildungsaufgaben an die zivilgesellschaftlichen Zentralstellen mit ihren Trägern, eine Stärkung der Anerkennungskultur oder ein Bürokratieabbau im Förderverfahren.

[Profil von christlichen Freiwilligendiensten](#) (PDF, 700 kB)

[Forderungen zur Bundestagswahl](#) (PDF, 735 kB)

[nach oben](#)

Evangelische Trägergruppe: Politische Bildung in Freiwilligendiensten

Die Umsetzung politischer Bildung in Freiwilligendiensten ist seit Jahren Thema im politischen Diskurs. Dabei betonen zivilgesellschaftliche Verbände immer wieder, dass politische Bildung in Freiwilligendiensten durch Träger passgenauer umgesetzt werden kann als in den Bildungszentren des Bundes. Die neue Publikation »Politische Bildung in Freiwilligendiensten - Rahmenkonzeption und Praxisbeispiele der Evangelischen Trägergruppe« veranschaulicht die vielfältigen Erfahrungen und Kompetenzen der evangelischen Träger in der politischen Bildung. Die Evangelischen Freiwilligendienste sind seit Jahrzehnten erfolgreich in der politischen Bildung als Teil der umfassenden Bildungsarbeit tätig. Nun hat die Trägergruppe den Bereich der politischen Bildungsarbeit noch einmal gesondert in den Blick genommen und in einer entsprechenden Rahmenkonzeption verankert. Anhand exemplarischer Praxisbeispiele zeigt die Publikation außerdem konkret, wie Träger Elemente der politischen Bildung in unterschiedlichen Methoden aufgreifen und auch mit anderen Themen verknüpfen.

[Weitere Informationen und Download](#)

[nach oben](#)

Steigmiller/ Hinz-Rommel: Ende des Programms FSJplus

Das seit 2005 laufende FSJ Programm FSJplus der Diakonie Württemberg und seine Einstellung sind das Thema des Beitrages von Thomas Steigmiller, Koordination FSJplus beim Diakonischen Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e.V., und Wolfgang Hinz-Rommel, ebendort Abteilungsleiter Freiwilliges Engagement. 200 teilnehmende junge Menschen mit einer schwachen Schul- und Erwerbsbiografie haben das im FSJ liegende Lernpotenzial für sich nutzbar gemacht und gleichzeitig

mit einem Freiwilligendienst den Realschulabschluss erworben. Die Autoren stellen Ansatz, Entwicklung und Erfolge dar und diskutieren die Gründe für die Einstellung des Programms.

[Beitrag von Thomas Steigmiller und Wolfgang Hinz-Rommel](#) (PDF, 164 kB)

[nach oben](#)

Heintze: Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Bildung für Nachhaltige Entwicklung in Freiwilligendiensten ist das Thema von Philipp Heintze, Referent Freiwilligendienste im AWO Bundesverband. Dabei geht es um ein beispielgebendes Kooperationsprojekt von NABU, BDKJ, Evangelischen Freiwilligendiensten und AWO, um das Potenzial der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den besonderen Fokus der Bildungsarbeit in den Freiwilligendiensten zu setzen. Ansatz, pädagogische Instrumente und Zielsetzung des Projekts werden ebenso dargestellt wie erste Erkenntnisse.

[Beitrag von Philipp Heintze](#) (PDF, 177 kB)

[nach oben](#)

Saliger: Qualität in Freiwilligendiensten

Qualität in Freiwilligendiensten ist das Thema des Beitrages von Susanne Saliger, Leiterin der Agentur Quifd - Qualität in Freiwilligendiensten und Projektleiterin in der Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland. Darin zeigt sie unterschiedliche Verständnisse von Qualität in Freiwilligendiensten und ihren Träger und diskutiert Vor- und Nachteile von Qualitätsmanagement in diesem Zusammenhang. Insbesondere behandelt sie auch die Frage der Zertifizierung und prognostiziert: »Da aufgrund des demographischen Wandels die Konkurrenz um Freiwillige steigt, ist anzunehmen, dass Zertifizierungen auch in diesem Hinblick in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden.«

[Beitrag von Susanne Saliger](#) (PDF, 216 kB)

[nach oben](#)

LÄNDER

Gerdnun/ Nübling: FSJ_digital in Rheinland-Pfalz

Als Modellprojekt wird das FSJ_digital seit 2015 in Rheinland-Pfalz durch das Kulturbüro Rheinland-Pfalz umgesetzt, in Sachsen-Anhalt vom Deutschen Roten Kreuz. Marten Gerdnun, Projektleitung FSJ_digital beim Kulturbüro Rheinland Pfalz, und Lukas Nübling, Geschäftsführer des Kulturbüro Rheinland-Pfalz, stellen in ihrem Beitrag vor, wie in Rheinland-Pfalz das FSJ_digital ausgestaltet wird und welche Erkenntnisse sich daraus für Freiwilligendienste und für die Medienkompetenzbildung ziehen lassen. Sie beziehen sich dabei auch auf Ergebnisse einer Evaluation des ersten Jahres des Pilotprojektes, die im Auftrag des Kulturbüros Rheinland-Pfalz und der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. (BKJ) im Rahmen einer Masterarbeit von Maria Dressler durchgeführt wurde.

[Beitrag von Marten Gerdnun und Lukas Nübling](#) (PDF, 168 kB)

[nach oben](#)

Freiwilligensurvey Bayern 2014

Zum Freiwilligensurvey 2017 ist eine Sonderauswertung für Bayern, der »Freiwilligensurvey Bayern 2014«, erschienen. Demnach hat das Engagement in Bayern in den vergangenen Jahren in allen Altersgruppen zugenommen. Der Freiwilligensurvey 2014 weist für Bayern eine Engagementquote von 47 Prozent aus. Die Broschüre kann bestellt oder kostenlos heruntergeladen werden.

[Weitere Informationen und Download des Freiwilligensurveys Bayern](#)

[nach oben](#)

Kinder- und Jugendarbeit zu rassismuskritischen Orten entwickeln

Die Broschüre »Kinder- und Jugendarbeit zu rassismuskritischen Orten entwickeln. Anregungen für die pädagogische Praxis in der Migrationsgesellschaft«, herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW), möchte die Begriffe Migrationspädagogik und Rassismuskritik mit Leben füllen und zeigen, dass eine migrationspädagogische und rassismuskritische Praxis umsetzbar ist. Die Darstellungen von insgesamt 21 Praxisprojekten bilden den Kern der Publikation. Sie stellen die sechs inhaltlichen Schwerpunkte einer rassismuskritischen Arbeit in den Vordergrund: Kinder und Jugendliche als Zielgruppe, Empowerment von Jugendlichen, Sensibilisierung von Jugendlichen für Rassismus und Antisemitismus, institutionelle Strukturen schaffen und verändern, Vernetzung und Qualifizierung. Die Publikation kann kostenlos heruntergeladen oder bei IDA-NRW gegen eine

Versandkostenpauschale von 3 Euro zuzüglich Portokosten bestellt werden.

[Publikation vom IDA-NRW](#) (1,3 MB)

[Bestellformular](#)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

Kutscha: Menschenwürdegarantie als soziales Grundrecht

Die Menschenwürdegarantie als soziales Grundrecht ist das Thema des Beitrages von Prof. Dr. iur. Martin Kutscha, Berlin, Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR), Emeritus und Mitglied im Bundesvorstand der Humanistischen Union e. V. sowie der deutschen Sektion der IALANA (International Association of Lawyers Against Nuclear Arms). In sechs Thesen skizziert er den Weg der Etablierung von sozialen Grundrechten in Urteilen des Bundesverfassungsgerichts: »Damit hat das Bundesverfassungsgericht die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes über seine Abwehrfunktion hinaus als ein subjektives Leistungsrecht gegenüber dem Staat mit durchaus klaren Konturen etabliert.« Solange dies aber nicht deutlichen Einzug ins Grundgesetz selbst erhält, könne es politisch als »Richterrecht« beiseite geschoben werden.

[Beitrag von Prof. Dr. iur. Martin Kutscha](#) (PDF, 169 kB)

[nach oben](#)

Fischer/ Rück: Qualitätssicherung bei Wikimedia

Die Qualitätssicherung bei Wikimedia, einem der größten Netzwerke von Ehrenamtlichen der Welt, ist das Thema des Beitrages von Julian Fischer, Bereichsleiter Ideenförderung bei Wikimedia Deutschland, und Nicolas Rück, Mitarbeiter im Bereich Ideenförderung. Sie zeigen, wie das Ehrenamtsnetzwerk der gesellschaftlichen Verantwortung für eine der meistbesuchten Webseiten der Welt und erster Anlaufpunkt für Wissen gerecht wird. Als offenes Projekt, an dem sich jeder Mensch beteiligen kann, kommt den Mechanismen eine hohe Bedeutung zu, die die durchweg ehrenamtlichen AutorInnen der Wikipedia-Community etabliert haben, um eine hohe Qualität der Artikel zu erreichen und dem Eintragen falscher Informationen, Manipulationen und Vandalismus entgegenzuwirken. Dieser als informative Beschreibung für unsere Leserschaft konzipierte Artikel sollte ursprünglich in einer späteren Ausgabe erscheinen. Wir veröffentlichen ihn schon jetzt, da er eine engagementpolitische Bedeutung durch die Sperrung des Zugangs

zu Wikimedia in der Türkei auf Veranlassung der Regierung Erdogans am vergangenen Wochenende erhalten hat.

[Beitrag von Julian Fischer und Nicolas Rück](#) (PDF, 159 kB)

[nach oben](#)

Bundesrat: Bedenken gegen Erleichterung von Bürgerunternehmen

Aus bürgerschaftlichem Engagement sollen leichter Unternehmen gegründet werden können. Dafür hatte die Bundesregierung mit Datum vom 13. März 2017 einen Gesetzentwurf (18/11506) »zur Erleichterung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement und zum Bürokratieabbau bei Genossenschaften« im Bundestag eingebracht. Als Beispiele für bürgerschaftliche Unternehmen, denen die Neuregelung helfen soll, nennt der Gesetzentwurf Dorfläden, Kitas, altersgerechtes Wohnen und Energievorhaben. Kern des Gesetzentwurfes sind vereinfachte Prüfungsanforderungen für kleine Genossenschaften, um die vom geltenden Genossenschaftsrecht verursachten Kosten zu verringern. Für ganz kleine Initiativen soll zudem der Zugang zur Rechtsform des rechtsfähigen wirtschaftlichen Vereins durch eine Neuformulierung des § 22 BGB erleichtert werden. Gegen die vereinfachte jährliche Jahresprüfung wie auch gegen den erleichterten Zugang zum wirtschaftlichen Verein meldet der Bundesrat schwere Bedenken an. Grenzen finde das Bemühen um Bürokratieabbau dort, »wo der Kern der Rechtsform« angetastet und damit verbundene Sicherheiten, etwa beim Gläubigerschutz, unklar werden.

[Gesetzentwurf der Bundesregierung](#) (PDF, 414 kB)

[Stellungnahme des Bundesrats](#) (PDF, 1 MB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE

Ernennung der Engagement-BotschafterInnen 2017

Der Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ralf Kleindiek, und Carola Schaaf-Derichs vom SprecherInnenrat des BBE haben am 24. April 2017 die Engagement-BotschafterInnen 2017 ernannt: Farsaneh Samadi von der Initiative Mehrsprachigkeit e. V., Nana Schön von »Jugend hackt«, Elena Tzara von der Initiative Foodsharing e. V. und Jan Duensing von »Feiner Fußball«. Die neu ernannten Engagement-BotschafterInnen werben ein Jahr lang durch ihr beispielhaftes Tun für bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt. Durch ihre Auftritte - u. a. im Rahmen der vom BBE organisierten Woche des

bürgerschaftlichen Engagements - stärken sie die öffentliche Anerkennung und Wertschätzung von freiwilligem Engagement.

[Weitere Informationen zu den Engagement-BotschafterInnen 2017](#)

[nach oben](#)

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

Jugend gestaltet die digitale Gesellschaft: Veranstaltung

Am 11. Mai 2017 findet die bundesweite Fachveranstaltung des Gemeinschaftsprojekts jugend.beteiligen.jetzt und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Kooperation mit der Deutschen Telekom unter dem Titel »jugend.beteiligen.jetzt - Jugend gestaltet die digitale Gesellschaft« in der Hauptstadtrepräsentanz der Deutschen Telekom in Berlin statt. Die Fachtagung setzt sich in Gesprächsrunden und Foren mit den Potenzialen der Jugendbeteiligung mit digitalen Medien und Internet auseinander. Sie sucht Anknüpfungspunkte in Politik und Verwaltung zur jugendgerechten Gestaltung der digital geprägten Gesellschaft. Zielgruppe sind Personen aus der Jugend- und Bildungsarbeit, aus kommunalen Verwaltungen, aus (Jugend-)Initiativen und aus der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik. Die Teilnahme ist kostenfrei. Reise- und Übernachtungskosten werden nicht erstattet.

[Weitere Informationen zum Fachtag](#)

[nach oben](#)

»Die vernetzte Kommune«: Veranstaltung

Die Bertelsmann Stiftung lädt am 14. Juni 2017 zur Veranstaltung »Die vernetzte Kommune« nach Düsseldorf-Kaiserswerth ein. Die eintägige Veranstaltung widmet sich dem Mehrwert kommunaler Netzwerkarbeit mit einem Fokus auf die Felder der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Altenhilfe. Ziel der Veranstaltung ist es, auf Chancen sowie konkrete Herausforderungen in der Netzwerkarbeit einzugehen, Handlungsansätze aufzuzeigen und gemeinsam mit Beteiligten im Rahmen von Workshops Lösungen zu entwickeln. Am Vorabend findet bereits ein Get-Together statt. Die Teilnahme an der Veranstaltung wie auch an dem Get-Together am Vorabend ist kostenfrei.

[Weitere Informationen zur Veranstaltung und zur Anmeldung](#) (PDF, 284 kB)

[Workhop-Beschreibungen](#) (PDF, 288 kB)

#digidemos: Kongress zu Digitalisierung und Demokratie

Am 20. Juni 2017 veranstaltet die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin einen Kongress zum Thema Digitalisierung und Demokratie. Thematische Schwerpunkt des Kongresses sind Demokratie, Öffentlichkeit und Arbeit. Gemeinsam mit Vor- und QuerdenkerInnen soll darüber diskutiert werden, wie digitaler Wandel allen Menschen zugutekommen kann.

[Weitere Informationen zum Kongress #digidemos](#)

Alle im Boot?!: Seminar zu Bürgerbeteiligungsprozessen

Am 30. Juni und 1. Juli 2017 findet das Seminar »Alle im Boot?! Schwer erreichbare Akteure in Bürgerbeteiligungsprozessen einbeziehen« in Mülheim an der Ruhr statt. Veranstalterin ist die Stiftung Mitarbeit. Was ist zu tun, um Menschen einzubeziehen, denen die Beteiligung nicht »nahe liegt« oder die unter Bedingungen leben, die politische Teilhabe erschweren? Wie können z. B. MigrantInnen, benachteiligte Jugendliche und Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben, für Beteiligung gewonnen und dabei unterstützt werden, ihre Interessen einzubringen? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Seminars. Die Teilnehmenden sollen diskutieren und gemeinsam Strategien erarbeiten, wie Menschen erreicht werden können, die üblicherweise für Beteiligungsangebote »schwer zu erreichen« sind. Welche Methoden können sinnvoll eingesetzt werden und wie müssen Prozesse entsprechend ausgestaltet werden? Der normale Teilnahmebeitrag inkl. Verpflegung ohne Übernachtung und Frühstück beträgt 150 Euro.

[Weitere Informationen zum Seminar](#)

30. NPO-Blogparade

Caritas digital hat die 30. NPO-Blogparade gestartet. Die Blogparade sammelt und diskutiert Antworten und Anregungen zum Thema: Fluch und Segen des Social Web für Nonprofits. Wie können sich Nonprofits mit ihren beschränkten Mitteln im kommerzialisierten Kommunikationsdschungel behaupten? Wie können sie ihre Filterblasen platzen lassen und der Algorithmisierung der Inhalte entkommen? Und wie schaffen sie es, ihre relevanten Zielgruppen zu erreichen? Mitmachen kann, wer bis zum 18. Mai 2017 einen Blogartikel zu diesen Fragen veröffentlicht. Am Ende der Blogparade sollen die zentralen Positionen zusammengefasst werden.

[Weitere Informationen zur 30. NPO-Blogparade](#)

»startsocial« startet 14. Wettbewerbsrunde

»startsocial« schreibt den 14. bundesweiten Wettbewerb für soziale Initiativen aus. Bis zum 30. Juni 2017 können sich soziale Initiativen mit ihren Projekten, Ideen und Konzepten bewerben. startsocial ist ein bundesweiter Wettbewerb zur Förderung des ehrenamtlichen sozialen Engagements. Unter dem Motto »Hilfe für Helfer« unterstützt startsocial regelmäßig 100 soziale Initiativen durch viermonatige Beratungsstipendien. Im Vordergrund steht der Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und sozialer Projektarbeit. Während des Beratungsstipendiums arbeiten ExpertInnen aus der Wirtschaft, dem öffentlichen Sektor und dem Non-Profit-Bereich mit den StipendiatInnen an der Weiterentwicklung ihrer Initiativen. Die überzeugendsten 25 Stipendiatenprojekte werden zur Bundespreisverleihung nach Berlin eingeladen. Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt den Wettbewerb als Schirmherrin mit einem Sonderpreis.

[Weitere Informationen zur Ausschreibung von »startsocial«](#)

NACHTSCHICHT zum Selbermachen: Leitfaden

Das Konzept der NACHTSCHICHT ist simpel und effektiv: Von 18 bis 2 Uhr morgens arbeiten sieben Teams mit je fünf bis sieben ExpertInnen aus unterschiedlichen Kreativ-Firmen jeweils an einer konkreten Aufgabe einer gemeinnützigen Organisation. Diese reichen von der Entwicklung eines PR-Konzepts, eines neuen Logos oder einer Plakatkampagne bis hin zur Konzeption einer Webseite. Am Ende der NACHTSCHICHT werden die Ergebnisse präsentiert, die die Gemeinnützigen gleich mitnehmen und direkt einsetzen können. Auf der NACHTSCHICHT-Seite steht ab sofort ein Leitfaden zur Verfügung, der dabei helfen soll, eine Nachtschicht auch in anderen Städten durchzuführen. Zusätzlich gibt es alle erforderlichen Materialien für eine erfolgreiche Projektorganisation zum Download. Im Sinne eines Open-Source-Ansatzes soll so das Konzept der NACHTSCHICHT in Deutschland verbreitet werden.

[Weitere Informationen, Leitfaden und Materialien](#)

»Solidarität im Wandel?«: Forschungsbericht

Wie können Anerkennung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe für Geflüchtete in vielfältigen Lebensbereichen der Gesellschaft errungen werden? Welche Solidarisierungs- und Entsolidarisierungsbewegungen konnten seit dem Sommer der Migration 2015 in Deutschland und Europa beobachtet werden? Diese und weitere

Fragen erforschten WissenschaftlerInnen des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt-Universität im Rahmen des interdisziplinären Forschungs-Interventions-Clusters »Solidarität im Wandel?«. Das Cluster bündelt 14 verschiedene Forschungs- und Interventionsprojekte zur Integration von Geflüchteten sowie zu Solidarierungs- und Entsolidarisierungsbewegungen und besteht aus den drei Säulen Willkommenskultur und Solidarität in der Migrationsgesellschaft, Ehrenamtliches Engagement in der Zivilgesellschaft und Institutionen in der Organisationsgesellschaft. Der Forschungsbericht versammelt neben den zentralen Ergebnissen aus den Teilprojekten auch daraus resultierende Handlungsempfehlungen an Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft.

[Forschungsbericht](#) (PDF, 4,6 MB)

[Weitere Informationen zum Forschungs-Interventions-Clusters](#)

[nach oben](#)

»Das Amt«: Aus Politik und Zeitgeschichte

Die Ausgabe 14-15/2017 der Zeitschrift »Aus Politik und Zeitgeschichte« (APuZ), herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, beschäftigt sich mit dem Thema »Das Amt«. Ein Beitrag innerhalb dieser Ausgabe widmet sich auch dem Thema Ehrenamt. In ihrem Beitrag »Das Ehrenamt. Empirie und Theorie des bürgerschaftlichen Engagements« beschäftigt sich Bettina Hollstein damit, was eigentlich mit Ehrenamt gemeint ist, wie man es erklären und fördern kann. Nach einer Definition des Begriffes werden Zahlen zum ehrenamtlichen Engagement in Deutschland präsentiert und drei theoriebasierte Erklärungen für Ehrenamt diskutiert: ökonomische, normativ orientierte und pragmatische Theorien. Am Ende des Beitrags werden Folgerungen für die Förderung des Engagements gezogen.

[Beitrag von Bettina Hollstein](#)

[Vollständige Ausgabe APuZ 14-15/2017](#)

[nach oben](#)

Neustart mit 60: Publikation

Kann man den Ruhestand planen? In der Publikation »Neustart mit 60. Anstiftung zum Ruhestand« beschäftigt sich Henning von Vieregge mit der Ruhestandsgestaltung. »Es geht um ein verändertes Verständnis vom Altern«, vermerkt der Heidelberger Gerontologe Andreas Kruse im Vorwort. Loring Sittler, Ex-Leiter vom Generali Zukunftsfonds, spricht von »einem Ratgeber, der keiner sein will.« Für von Vieregge könnten bei ausscheidenden Führungspersonen aus Wirtschaft und Staat »die Anteile unbezahlter Arbeit erhöht werden«. »Die materielle

Absicherung erleichtert die Transformation der Lebens- und Arbeitsausrichtung auf den Engagement-Bereich.« Die Betroffenen müssten auf die neuen Aufgaben systematisch vorbereitet werden, In-Placement-Agenturen die Vermittlung übernehmen und potenzielle ArbeitgeberInnen anspruchsvolle Projekte ausschreiben. Nur so lasse sich die prinzipiell gestiegene Bereitschaft in der dritten Lebensphase, für die Zivilgesellschaft tätig zu sein, zu vollem allseitigen Gewinn ummünzen.

Henning von Vieregge, Neustart mit 60, Anstiftung zum dynamischen Ruhestand, Wiesbaden 2016, ISBN 978-3-00-055819-1, 110 Seiten.

[Weitere Informationen und Bestellung](#)

[Webseite des Autors](#)

[nach oben](#)

Stellenausschreibungen

Das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO) sucht zum 1. Juni 2017 für die Initiative »Arbeit durch Management/ PATENMODELL« eine/n KoordinatorIn Ehrenamtsmanagement (Vollzeit). Bewerbungsfrist ist der 12. Mai 2017.

Die Tafel-Akademie des Bundesverbandes Deutsche Tafel e. V. sucht SeminarleiterInnen auf Honorarbasis. Bewerbungsfrist ist der 31. Mai 2017.

[Weitere Informationen zu den Stellenausschreibungen](#)

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 18. Mai 2017.

Redaktionsschluss ist der 10. Mai 2017.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und AkteurInnen im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Beiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein (V.i.S.d.P.), Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

